

Helfen Sie mit Ihrer Unterschrift, die Verkehrssicherheit im Friedrichshainer Südkiez zwischen Warschauer Straße, Frankfurter Allee, Ringbahn und Stadtbahn zu erhöhen, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr zu stärken und die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

➤ Die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert

- den gesamten Friedrichshainer Südkiez zu einer Tempo-30-Zone zu machen und motorisierten Durchgangsverkehr zu verhindern.
- im Kiez mindestens je zwei Fahrradstraßen in Ost-West und Nord-Süd-Richtung auszuweisen und, sofern erforderlich, einzelne Straßenzüge aus dem übergeordneten Straßennetz herauszunehmen und zu Nebenstraßen umzuwidmen.
- ein Beteiligungsverfahren durchzuführen, um weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Lebensqualität samt nachhaltiger Umsetzung vorzubereiten, z.B. rund um die wichtigen Grünflächen Boxhagener Platz, Traveplatz und Annemirl-Bauer-Platz. Dort soll es auch autofreie Zonen geben.

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Straße, Hausnummer	PLZ	Datum der Unterschrift	Unterschrift
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						

Bitte sehr leserlich ausfüllen! Unterschriftsberechtigt sind alle Personen, die zum Zeitpunkt der Unterschrift mind. 16 Jahre alt und im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit Haupt- bzw. alleinigem Wohnsitz gemeldet sind.

Listen bis Sonntag, 13. Juni 2021 persönlich oder per Post an:

- BOX Freiraum GmbH, Boxhagener Straße 96, 10245 Berlin oder
- WühlischVierzig, Wühlischstr. 40, 10245 Berlin

Unser Antrag fordert zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Verringerung von Luftverschmutzung und Lärm sowie zur Erhöhung der Lebens- und Aufenthaltsqualität Folgendes:

1. Tempo 30 für den gesamten Friedrichshainer Südkiez als maximale Geschwindigkeit anzuordnen (zwischen Warschauer Straße, Frankfurter Allee, bis und einschließlich Gürtelstraße und Revaler Straße), sowie für die Einhaltung des Tempolimits zu sorgen.
2. Motorisierten Durchgangsverkehr im gesamten Südkiez durch geeignete Maßnahmen wirksam zu verhindern. Die Erreichbarkeit für Anwohner*innen, ÖPNV, Rettungsdienste, Müllabfuhr und Lieferverkehr wird damit verbessert; für Lieferverkehr und Fahrräder sind Lieferzonen und Parkplätze einzurichten und für Fußgänger*innen sind Wege und Quermöglichkeiten zu sichern. Alle dafür erforderlichen Maßnahmen sind durch zügige Abstimmung zwischen Senat und Bezirksamt umzusetzen.
3. In Nord-/Süd- und Ost-/West-Richtung sollen jeweils mindestens zwei durchgehende Straßenzüge als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Die beschlossene Umwandlung der Revaler Straße in eine Fahrradstraße ist unverzüglich umzusetzen und es sollen vermehrte Anstrengungen unternommen werden, die Vorgaben des Mobilitätsgesetzes zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs zu erfüllen.
4. Über die Punkte 1–3 hinaus soll ein Beteiligungsverfahren für Anwohner*innen vor Jahresende 2021 aufgesetzt und im Jahr 2022 abgeschlossen werden, um ein Konzept zur weitergehenden Verkehrsberuhigung, Verkehrsreduzierung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Kiez zu entwickeln. Dazu gehören z.B. autofreie Bereiche oder die Schaffung von Stadtplätzen rund um Trave-, Wühlich-, Annemirl-Bauer- und Boxhagener Platz, sowie weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung von motorisiertem Durchgangsverkehr.

Begründung

- Das Erreichen der Pariser Klimaziele, die Verbesserung der Verkehrssicherheit („VisionZero“) und die, laut Weltgesundheitsorganisation notwendige Reduzierung von Lärm- und Luftschadstoffbelastung sind nur mit einer echten Verkehrswende möglich.
- Im Einwohner*innenantrag fordern wir ein inklusives, barrierefreies und sicheres Umfeld für Verkehrsteilnehmer*innen jeden Alters zu Fuß, auf dem Rad und im öffentlichen Nahverkehr und bieten so eine zukunftsweisende Alternative zum Autoverkehr. Die Förderung des Umweltverbundes und die Verhinderung von Durchgangsverkehr im Kiez hilft, Emissionen und Lärm zu verringern und den Kiez lebenswerter zu machen. Diejenigen, die auf Kfz angewiesen sind, kommen ebenfalls besser ans Ziel. Wir bekommen eine sozialere, sichere und umweltfreundliche Mobilität, die bedürfnisgerecht ist und den Wirtschaftsverkehr berücksichtigt. Damit erfüllen wir die Bedingungen für die im Stadtentwicklungsplan festgehaltene Vision von Berlin 2025.
- Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h trägt zu den oben genannten Zielen wesentlich bei und gewährleistet einen gleichmäßigeren, sichereren und leiseren Verkehrsfluss.
- Wir befürworten ausdrücklich ähnliche Maßnahmen in den angrenzenden Kiezen, um die Ziele des Senats und der Einwohner*innen zu erreichen und sicherzustellen, dass der motorisierte Individualverkehr sich nicht lediglich in Nachbarkieze verlagert, sondern im gesamten Stadtgebiet reduziert wird.